

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2. XXIV/129

Bonn, den 11. Juli 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	W A H L P R O G R A M M E	74

Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

3	Gebremste "Wählerinitiative" in Münster	45
---	-----------------------------------------	----

Angst vor öffentlichem Bekenntnis zur SPD

4 - 5	Die Frau im Wandel der Zeit	56
-------	-----------------------------	----

Gleichberechtigung setzt sich langsam durch

Von Paul Neumüller

6 - 7	Die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung	56
-------	---------------------------------------------------	----

547 deutsche und 257 ausländische Stipendiaten im Jahr 1968

Ein aufschlußreicher Bericht

WAHLPROGRAMME

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bis zum Wahltag verbleiben noch 80 Tage. Die Regierungsprogramme der Parteien liegen vor. Auch die CDU hat ihr Wahlprogramm veröffentlicht.

Ich möchte dazu raten, die Programme mit der Elle des Geleisteten zu messen und dabei nicht die Versprechen zu übersehen, die vor vier Jahren gemacht wurden. Zum anderen sollte man die Begleitmusik nicht überhören, denn die ist manchmal noch interessanter als die Texte.

Die FDP leidet noch immer an ihrer Zwiespältigkeit. Deshalb hat auch die Idee mit den alten Zöpfen keinen starken Eindruck gemacht. In breiten Schichten der Bevölkerung werden es die Freien Demokraten weiterhin nicht leicht haben. Dort kann man nicht verstehen, daß es liberal sein soll, zwar an Universitäten und Oberschulen, nicht aber an großen Arbeitsplätzen Mitbestimmung einzuräumen.

Für die SPD ist die FDP ein innenpolitischer Gegner, der nicht vernachlässigt werden wird. Aber die Hauptauseinandersetzung wird natürlich mit dem gegenwärtigen Koalitionspartner, der CDU/CSU, auszutragen sein. In der Methodik der Unionsparteien zeichnen sich einige Hauptlinien ab, die ich hier in aller Offenheit kennzeichnen will:

1. Führende Unionspolitiker haben die, auch aus den eigenen Reihen kommenden, Warnungen vor nationalistischen Entgleisungen nicht auf die leichte Schulter genommen. Das ist zu begrüßen. Der Wahlkongreß in Essen und andere Veranstaltungen haben jedoch gezeigt, daß die Union nicht auf die Mobilisierung von Emotionen verzichtet und daß sie dabei auf die Kottenkiste der fünfziger Jahre zurückgreifen will. Schon ist deutlich geworden, daß in der Deutschland-Politik mehr versprochen wird als sich wird halten lassen. Die Zeiten haben sich allerdings geändert. Es gibt mehr kritische Wähler.

2. Untersuchungen haben gezeigt, daß die CDU-Parole "Keine Experimente" von der Mehrheit der Wähler zurückgewiesen wird. Nun möchte man als möglichst modern erscheinen und will den Übergang zu den siebziger Jahren nicht vergessen. Dabei wird dann manche gedankliche oder sogar politische Anleihe bei den Sozialdemokraten gemacht. Nun, die SPD hat schon oft politischen Nachhilfeunterricht geben müssen. Es wird nicht

Überzeugen, wenn die Konservativen so tun, als platzten sie vor Energie und neuen Ideen.

3. Die Unionsparteien argumentieren korrekt, solange auch sie auf die Ergebnisse der Großen Koalition verweisen. Sie argumentieren nicht redlich, wenn sie die Leistungen der Sozialdemokraten im Bundestag und in der Regierung verkleinern oder sogar für sich in Anspruch nehmen wollen.

4. Es wird versucht, die Führung der SPD auseinanderzudividieren. Den Arrangeuren müßte klar sein, daß dies nicht gelingen kann. Bei uns kennt man die gemeinsame Verpflichtung, die sich aus Überzeugung und Auftrag ergibt. CDU und CSU haben es besonders auf Karl Schiller abgesehen, weil er ihnen wegen seiner Leistung - und weil ihnen die Alternative fehlt - zu einem Alptraum geworden ist.

Ich finde, man muß darüber hinaus von den Widersprüchen in den Aussagen der Unionspolitiker sprechen. Auch dazu will ich vier Bemerkungen machen:

1. Einerseits möchten CDU und CSU - wie die FDP - hinwegreden über die innenpolitische Krise vom Herbst 1966, aus der sich der Zwang zur Großen Koalition ergab. Andererseits will man die damalige Lage verniedlichen oder gar die Notwendigkeit eines Zustandedes rechtfertigen, in dem die Zahl der Arbeitslosen zunimmt und die Familien um die Sicherheit des Arbeitsplatzes bangen.

2. Einerseits fordert die Union Dinge, um die sie sich seit Jahr und Tag hätte kümmern sollen. Andererseits wird nicht zugegeben, daß seit Monaten zahlreiche sachliche Entscheidungen ausgesetzt werden, weil man sich durch die Wahllarne hypnotisieren ließ.

3. Einerseits hat die Union die Mitbestimmung - selbst die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes - nicht zur Behandlung kommen lassen und sich gegen die Maßnahmen ausgesprochen, die der Bundeswirtschaftsminister im Interesse möglichst stabiler Preise für erforderlich hielt. Andererseits läßt man die Sozialausschüsse für Mitbestimmung und für Aufwertung der DM plädieren, nachdem der Bundestag nicht mehr beisammen ist.

4. Einerseits stellt der Bundeskanzler fest, er stimme mit dem Bundesaußenminister überein, wo es um die aktuellen Notwendigkeiten der Europa-Politik geht. Andererseits fällt zum Beispiel das Wochenblatt der CSU den konkreten Bemühungen des Außenministers in den Rücken.

Mir ist nicht nach überflüssiger und übersteigter Polemik zuzute. Ich halte mehr davon, daß meine Partei sich in erster Linie auf ihre Leistungen und auf ihre Vorausschau konzentriert. Gestritten werden muß über die Möglichkeiten reeller und realisierbarer Politik. Darüber, wie wir persönliche Freiheit und gemeinsame Sicherheit, hartnäckige Wahrung unserer Interessen in Europa und unseren Beitrag zum gesicherten Frieden auf einen Nenner bringen. Indem die Sozialdemokraten diese Auseinandersetzung führen, werden sie sich mit dem Anspruch auf ein klares Mandat zur Führung qualifizieren.

Gebremste "Wählerinitiative" in Münster

Angst vor öffentlichem Bekenntnis zur SPD

sp - Wie sehr Kreise der Unionsparteien daran interessiert sind, den Wählern das normalisierte Verhältnis zwischen Kirchen und Sozialdemokratie zu verschweigen, beweist ein neuer Fall in der Bischofsstadt Münster. Dort haben Bürger der Stadt eine "Wählerinitiative" gegründet. Die Hausfrauen, Lehrer und Dozenten, die sich für die Wahl der SPD einsetzen, hätten von die meinungsbildenden CDU-Katholiken in Münster noch "verkräftet". In die Nerven aber ging ihnen jedoch, daß sich namhafte katholische und evangelische Theologen der Wilhelmsuniversität zur "Wählerinitiative" bekannten und öffentlich erklärten: "Wir wählen diesmal SPD."

Der katholische Verleger der CDU-nahen "Westfälischen Nachrichten", Anton Wilhelm Hüffer, Mitglied der CDU, lehnte es strikt ab, den Lesern seines Blattes eine Anzeige "zuzumuten", in denen sich sieben evangelische und vier katholische Theologen der Universität namentlich zur SPD bekennen wollten. Als Grund gab Herr Hüffer die "Einstellung" seines Hauses an und klagte gegenüber dem katholischen Ordinarius für Ökumenische Theologie, Peter Lengsfeld, zudem: "Ich kann es nicht verstehen, daß sich Theologen beider Konfessionen für die SPD engagieren." Lengsfeld gehört wie der Professor der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Walter Rest, und der evangelische Pfarrer Jürgen Hülsmann zu den Begründern der "Wählerinitiative Münsterscher Bürger".

Die Theologen, unter ihnen der katholische Pastoraltheologe Norbert Greinacher und der evangelische Ordinarius für christliche Gesellschaftswissenschaft, Heinz-Dietrich Wendland, wollten in der Annonce verkünden: "Die SPD ist wählbar für alle!"

Das freilich sollten die Leser des stramm CDU-Kurs steuernden Blattes nicht von so berufener Seite erfahren. Der Chefredakteur gab das mit dem Argument zu: "Wir haben nichts gegen die SPD. Wenn sich aber prononcierte Leute für die SPD einsetzen, dann machen wir uns nicht zum Vorspann einer solchen Plakatierung."

Der Fall in Münster zeigt einmal mehr, wie verbissen Unionskreise Traditionen konservieren wollen. Es ist ein Novum in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands, wenn sich heute Persönlichkeiten beider Konfessionen zur Sozialdemokratie bekennen. Zwanzig Jahre lang haben sich führende Männer der Kirchen für die CDU/CSU eingesetzt. Das stellt die Wochenzeitung für das Erzbistum Freiburg (Ausgabe vom 22. Juni) fest. Das Hausblatt von Erzbischof Schöpfel pocht zudem verständlich auf den apostolischen Auftrag der Kirche, wenn es schreibt, daß es diesem Auftrag widerspricht, wenn sie sich aus politischem Kalkül heraus der einen oder anderen Gruppe der Gesellschaft verschließt. Diese Überlegungen haben laut Kirchenblatt auch Papst Paul VI. bewegt, als er am 4. März 1964 fünf führende Sozialdemokraten im Vatikan empfing (unter Führung Fritz Exlers). Die Bischofszeitung nennt diese Begegnung von damals heute ein "Ereignis" und rügt, daß es "bis zur letzten Stunde" von Unionspolitikern zu verhindern gesucht wurde...

+ + +

Die Frau im Wandel der Zeit

Gleichberechtigung setzt sich langsam durch

Von Paul Neumüller

Zu einem recht interessanten Ergebnis führten die Ermittlungen des Wickert-Institutes in Tübingen bei einer Repräsentativ-Umfrage, wonach bei hundert wichtigen Entscheidungen in 37 Fällen der Mann und in sieben Fällen die Frau das "letzte Wort" hat. Aber dessen ungeachtet, sind über die Hälfte aller Ehepaare in der Bundesrepublik Befürworter der Gleichberechtigung und 56 % der Befragten erklärten, daß Mann und Frau gemeinsam wichtige Entscheidungen treffen.

Am stärksten ist die männliche Vorherrschaft noch in Bayern anzutreffen, wo in jeder zweiten Familie der Mann, wie zu alten Zeiten, das Oberhaupt ist.

Die Feststellung, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau am stärksten bei Eheleuten unter 40 Jahren ausgeprägt ist, mag seinen Grund darin haben, daß diese Ehen sozusagen in die gesetzlich verankerte Gleichberechtigung "hineingeboren" wurden. Ältere Frauen haben es oft noch nicht überwunden, daß der Mann noch vor gar nicht allzu langer Zeit vom Gesetzgeber berechtigt war, den Wohnsitz der Familie zu bestimmen, das volle Elternsorgerecht über die Kinder auszuüben, ihr Vermögen zu verwalten durfte und sogar bestimmen konnte, ob und gegebenenfalls wo die Frau zu arbeiten hatte.

Heute kann die Frau ihren Arbeitsplatz selbst aussuchen, muß aber vielfach noch immer feststellen, daß die Männer bevorzugt werden und daß die Devise "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" nicht überall gilt. Zum Glück lassen sich unsere Frauen aber diese "Bevormundung" nicht mehr ohne weiteres gefallen. Noch kürzlich forderte auf einer SPD-Frauenkonferenz in Berlin die SPD-Bundestagsabgeordnete R e n g e r die Bildung einer Kommission mit der Aufgabe, die Aufstiegs- und Berufschancen der Frau genau "unter die Lupe" zu nehmen.

Wenn auch noch manches getan werden kann, um das Los der Frauen zu erleichtern, so darf man doch nicht verkennen, daß die Frauen auch

Im Hinblick auf den biologischen Unterschied zum Manne, bereits mehrfach und besonders geschützt werden. Dies beginnt schon bei der werdenden Mutter, indem ihr Arbeitsverhältnis nicht gekündigt werden darf und sie berechtigt ist, sechs Wochen vor der Niederkunft und sechs Wochen - bei stillenden Müttern noch darüber hinaus - nach der Niederkunft bei voller Lohnzahlung der Arbeit fern zu bleiben.

Auch die Tatsache, daß Frauen nicht zum Wehrdienst herangezogen werden dürfen, ist nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit, wenn man an "verflossene Zeiten" zurückdenkt.

Daß es erst nach 20 Jahren grundgesetzlich garantierten Anspruchsergelungen ist, auch der ledigen Mutter die Gleichberechtigung zuzusprechen, beweist doch, daß man es nicht immer und überall wahrhaben will, die Frauen als ebenbürtige Partner in die Gesellschaft aufzunehmen.

Es war übrigens ein Mann, der SPD-Sozialexperte und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik, Professor Ernst S c h e i l l e n b e r g , dem es unzählige arbeitende Frauen zu verdanken haben, daß sie jetzt die nach der Heirat in Anspruch genommene "Sozialversicherungsakfindung", auch in Raten und in Form niedrigerer Beiträge, zurückzahlen können und damit die Möglichkeit haben, schneller, oder überhaupt erst, eine spätere Rente zu erhalten. Dieser gesetzlichen Änderung kommt umsomehr Bedeutung zu, als gerade heute, im Zeichen der erfolgreichen Wirtschaftspolitik von Professor S c h i l l e r , viele Frauen wieder im Berufsleben stehen und ein völlig neues Versicherungsverhältnis beginnen mußten, um denn auch noch weiterhin feststellen zu können, daß es gelungen ist, das dynamische Rentensystem, das sich immer an den Lohn- und Gehaltserhöhungen orientiert und damit am gesamten Volkseinkommen teilnimmt, zu retten.

+ + +

Die Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

547 deutsche und 257 ausländische Stipendiaten im Jahr 1968

Ein aufschlußreicher Bericht

sp - 547 deutsche und 257 nicht-deutsche Stipendiaten förderte die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahre 1968. Das geht aus dem Bericht der Stiftung hervor, den sie bei der Eröffnung ihres neuen Hauses: des "Archivs der Sozialen Demokratie", in Bad Godesberg vorlegte. Die so anspruchsvoll aufgemachte Publikation vermittelt einen Einblick in das ständige Bemühen der Stiftung, sich mit der studentischen Generation auseinanderzusetzen. Der Geschäftsführende Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung, Alfred K a u , weist in seinem Geleitwort darauf hin, daß die Stiftung immer mehr ein Anziehungspunkt für ausländische und deutsche Studenten geworden sei, die erkannt hätten, daß politisches Engagement und fachliches Können verbunden sein müssen mit einem "Blick für das Mögliche", wenn man notwendige Reformen an den Universitäten in Staat und Gesellschaft, in den Ländern der Dritten Welt durchsetzen wolle. Dr. G r u n w a l d , der Geschäftsführer, begrüßt sehr nachdrücklich, daß die Stipendiaten die Friedrich-Ebert-Stiftung mit den Problemen und Forderungen der Generation konfrontiert wurden. Der Vorsitzende des Auswahlausschusses, Staatssekretär Prof. Dr. S c h ä f e r , betont, daß der Auswahlausschuß der Vielgestaltigkeit und dem Drängen der akademischen Jugend einen breiten Bewertungsspielraum zugesteht.

Was die Friedrich-Ebert-Stiftung unter "staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein" versteht, das neben wissenschaftlicher Eignung und ausgeprägter Reife des Charakters ein gleichwertiges Aufnahmekriterium ist, wurde in den neuen Förderungsrichtlinien schärfer als bisher präzisiert.

Die Stipendiaten sind in der Bindung an eine Konfession völlig frei. Die Stiftung erwartet aber von allen Stipendiaten, "daß sie für die Demokratie als einem alle gesellschaftlichen Bereiche gestaltenden Prinzip eintreten und von ihren deutschen Stipendiaten, daß sie

das auf dem Boden des Grundgesetzes tun, sich solidarisch gegenüber Unterdrückten und Schwachen verhalten, gesellschaftliche Konflikte in friedlichen Formen austragen und jeder Willkür und Gewaltherrschaft widerstehen". - Die Förderung ausländischer Studenten ist für die Friedrich-Ebert-Stiftung ein Beitrag zur Entwicklungsländerpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Von den 257 ausländischen Studenten kamen im Jahre 1968 104 aus Asien, 50 aus Afrika, 15 aus Lateinamerika und 91 aus Europa. In Rahmen eines Sonderprogramms werden 51 griechische und 18 Studenten aus der CSSR gefördert.

Unter den 547 deutschen Stipendiaten befanden sich 167, die im Rahmen der Graduiertenförderung aus Mitteln der Stiftung Volkswagenwerk ein Stipendium für Dissertationen oder Zweitstudien erhielten.

Die Studenten gehören den verschiedensten Fachrichtungen an, wobei die geisteswissenschaftlichen überwiegen. Die Statistik über die Studienabschlüsse weist überzeugend nach, daß es sich bei der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung um eines der vom Bundestag anerkannten Hochbegabtenförderungswerke handelt, zu denen, einschließlich der Studienstiftung des Deutschen Volkes, das Cusanus-Werk, das Evangelische Studienwerk Villigst, die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Stiftung Mitbestimmung gehören. Zur Förderung ihrer Stipendiaten gehört auch die große Zahl staatsbürgerlicher Seminare für ausländische und deutsche Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, über die der Bericht detailliert Auskunft gibt.

Der großen Zahl der Bewerbungen für das Haushaltsjahr 1969 kann die Stiftung zu ihrem großen Bedauern nur höchst unvollkommen entsprechen.